

D1 Stacheldraht zu Altmetall – United we fight!

Gremium: Länderrat
Beschlussdatum: 01.07.2023
Tagesordnungspunkt: A Aktuelle politische Lage

Antragstext

1 Europa – eine Idee des Friedens. Doch Frieden für wen?
2 Über 55.000 Menschen gelten seit 2014 nach ihrer Flucht über das Mittelmeer als
3 vermisst – viele von ihnen sind dabei verstorben. Menschen, die es bis nach
4 Italien, Spanien oder Griechenland schaffen, erlebten dort weitere Gewalt: Durch
5 Grenzschutzbehörden, die Polizei oder Angriffe von Neonazis. Und während all das
6 bereits seit Jahrzehnten bittere europäische Realität ist, soll nun die Mauer um
7 Europa noch höher gebaut werden. Humane Asylpolitik? Fehlanzeige!

8 Weitere Entrechtung von Geflüchteten – Nicht mit uns!

9 Statt sich der Gewalt und den unzähligen Menschenrechtsverletzungen
10 entgegenzustellen, plant die EU, die Regierungen der europäischen Länder und
11 deren Innenminister*innen gegenwärtig die größte Einschränkung des Asylrechts
12 seit seiner Einführung nach dem Zweiten Weltkrieg. Asylanträge sollen zukünftig
13 nur noch in Außengrenzverfahren gestellt werden können. Angeblich wäre das
14 schneller, doch in Wahrheit entrechtet es Flüchtende nur weiter.

15 Monatelang sollen die Menschen an den Außengrenzen unter Haftbedingungen in
16 Massenlager verbringen, während die Zulässigkeit des Antrags geprüft werden
17 soll. Wenn Menschen über einen als angeblich „sicher“ eingestuften Drittstaat
18 einreisen, wird der Antrag abgelehnt. Weil die Kriterien, wann ein Staat als
19 „sicher“ gilt, weiter heruntergeschraubt werden und – trotz klarer
20 Verfassungswidrigkeit – sogar Teilgebiete von Staaten so eingestuft werden
21 sollen, wird das individuelle Asylrecht massiv in Frage gestellt. Die Folge:
22 Noch mehr unmenschliche Abschiebungen.

23 Selbst das zutiefst unmenschlich und an koloniale Denkmuster angeknüpfte System,
24 wie es gerade zwischen Großbritannien und Ruanda herrscht, ist in Europa damit
25 nicht ausgeschlossen. Sogenannte „nationale Auslagerungsstrategien“ sollen
26 ermöglichen, dass Menschen in Drittstaaten abgeschoben werden, zu denen sie
27 nahezu keine Verbindung haben. Die rechtswidrige und unmenschliche Praxis der
28 Pushbacks wird nicht nur teilweise legalisiert, sondern noch weiter zunehmen, da

29 die Außengrenzstaaten weiterhin mit der Aufnahme der Menschen alleine gelassen
30 werden.

31 Die Belastung der Anrainerstaaten wird durch den so vorliegenden
32 "Solidaritätsmechanismus" keinen Deut geringer. Es liegt nahe, dass Länder wie
33 Italien oder Griechenland weiterhin Pushbacks durchführen werden. Dieser Bruch
34 des Rechts auf Asyl muss endlich Konsequenzen haben, und darf nicht weiter
35 hingenommen.

36 Statt individueller Prüfung der Fluchtgründe steht dann eine möglichst schnelle
37 Abfertigung der Menschen als oberste Priorität. Rechtsstaatliche Verfahren und
38 Menschenrechte werden somit an den Außengrenzen noch weiter
39 eingeschränkt. Abschiebungen in unsichere Drittstaaten und (Ketten-)Abschiebungen
40 werden somit deutlich ausgeweitet. Für jeden Schutzsuchenden ist das eine
41 unmenschliche Behandlung – für vulnerable Gruppen wie Frauen, Queers und viele
42 andere Menschen eine tödliche Gefahr. Statt der versprochenen „No more Morias“
43 heißt das, dass solche unmenschlichen Lager zum europäischen Standard werden.

44 **Den Abschottungsdystopien entgegenstellen!**

45 Die Zustimmung Deutschlands und der Grünen Partei ist falsch, denn sie bricht
46 mit den europäischen und parteiinternen geeinten Grundwerten. Auch wir als Grüne
47 Jugend können uns nicht damit identifizieren. Das Abstimmungsverhalten der
48 Ampel-Regierung im JI-Rat widerspricht unserer Position und Grundhaltung.

49 Diese Asylrechtsverschärfungen sind unhaltbar für uns. Das haben wir in den
50 vergangenen Wochen, auf allen Ebenen – vom kleinsten Kreisverband, als
51 Landesverbände und als Bundesverband - lautstark klar gemacht. Gemeinsam mit
52 unseren Bündnispartner*innen wie ProAsyl, der Seebrücke, lokalen
53 Geflüchteteninitiativen oder den anderen Jugendorganisationen organisierten wir
54 im gesamten Land Demonstrationen. Bündnisse, die es vor ein paar Wochen noch gar
55 nicht gab, sind aus dem Boden gesprossen. Bündnisse, mit denen wir auch in
56 weitere linke Konflikte gehen können. Die Zustimmung Deutschlands zur bisherigen
57 europäischen Einigung ist falsch. Das haben wir auch innerhalb der Partei klar
58 gemacht und durchgesetzt.

59
60 Wir konnten – in der Zivilgesellschaft und in der Grünen Partei – eine Gegenwehr
61 aufbauen, die viele vermutlich gar nicht erwartete hatten. Und nur durch diesen
62 lautstarken, gemeinsamen Protest konnten wir so viel Druck aufbauen!
63 Die geplanten Reformen werden voraussichtlich noch über Jahre weiter verhandelt
64 werden. Wir werden weiterhin für Menschen auf der Flucht kämpfen. Wir werden
65 weiterhin die geplanten Reformen des Asylsystems aufs schärfste kritisieren –
66 und dagegen ankämpfen. Denn noch sind diese tödlichen Pläne nicht beschlossen.
67 Wir erwarten von der Grünen Partei & den Verantwortungsträger*innen, sich
68 ebenfalls aufs Härteste für einen verpflichtenden Verteilungsmechanismus und die
69 Verhinderung von Haft einzusetzen. Es darf nicht ein bisschen weniger
70

71 Asylrechtsverschärfungen geben, sondern es braucht eine radikale Kehrtwende hin
72 zu Menschenrechten und Humanität.

72 **Rassistische Migrationspolitik hat System!**

73 Der unmenschliche Umgang mit Flüchtenden ist rassistisch. Menschen wird der
74 Zugang zum Arbeitsmarkt, zu Wohlstand oder grundsätzlich überhaupt Asylverfahren
75 verwehrt, weil sie an einem bestimmten Ort geboren sind und einen bestimmten
76 Pass haben. Es reicht nicht, die Asylrecht-Verschärfungen nur auf einer
77 moralischen Ebene zu kritisieren. Denn die rassistische Grenzpolitik der EU, die
78 Abschottung, wachsender Rechtspopulismus und Hetze gegen Geflüchtete haben
79 unmittelbar mit dem kapitalistischen System zu tun.

80 Fluchtursachen sind vielfältig. Was sie aber verbindet, ist die Tatsache, dass
81 sie eine Konsequenz der globalen Wirtschaftsweise sind, in der die Profite von
82 Wenigen wichtiger als ein gutes Leben für uns alle ist. Egal ob
83 Umweltkatastrophen, die durch die globale Klimakrise von transnationalen
84 Konzernen angefeuert werden, oder wirtschaftliche und soziale Schieflagen, die
85 Ländern durch Sparmaßnahmen anderer Länder auferlegt werden – das Profitstreben
86 im Kapitalismus nimmt keine Rücksicht auf die Sicherheit und gute
87 Lebensbedingungen von Menschen weltweit. Das Handeln von den Regierungen im
88 wirtschaftlichen Zentrum des globalen Kapitalismus führt unmittelbar zu
89 Umständen, die Menschen zur Flucht zwingen.

90 Gerade Staaten die davon besonders profitieren, wie Deutschland, die USA oder
91 andere europäische Länder, schotten sich ab und bauen gewaltsame Grenzen. Diese
92 Abschottung passiert, um den Wohlstand der jeweiligen Nation aufrecht erhalten
93 zu können und das nationale Kapital zu schützen. Diese Entwicklung ist also
94 nicht einfach moralisch falsch, sondern eine logische Konsequenz für Staaten im
95 kapitalistischen Wettbewerb mitzuhalten.

96 Nicht nur der rassistische Umgang mit Menschen auf der Flucht ist unserem
97 kapitalistischen System geschuldet. Auch wenn es Migrant*innen beispielsweise
98 nach Deutschland schaffen, werden sie in teils rechtswidrigen Verhältnissen
99 besonders stark auf dem Arbeitsmarkt ausgebeutet. Durch Arbeitsmarkt- und
100 sozialpolitische Gesetze werden migrantisierte Menschen in Deutschland in
101 deutlich schlechter bezahlte Jobs gedrängt. Auch hier wird rassistische
102 Migrationspolitik sichtbar.

103 Seit Jahren lässt sich bei konservativen und liberalen Parteien die Strategie
104 beobachten, durch einen (vor allem asylpolitischen) Rechtsruck
105 rechtspopulistischen Kräften den Rang abzulaufen. Diese Strategie ist
106 gefährlich, falsch und wir verurteilen sie aufs Schärfste! Rechte Framings
107 aufzunehmen, schwächt Rechtspopulist*innen nicht, sondern im Gegenteil:
108 Rechtspopulist*innen werden gestärkt und Asylrechtsverschärfungen gehen mit
109 verstärktem Rassismus einher. Eine restriktive und rassistische Asylpolitik ist

110 also nicht nur ein massiver Angriff auf die Rechte und die Sicherheit von
111 flüchtenden Menschen. Sie ist auch eine akute Gefährdung aller migrantisierter
112 Menschen, auch hier in Deutschland! So sind im letzten Jahr deutlich mehr
113 Angriffe auf Geflüchtetenunterkünfte verübt worden – und in den ersten drei
114 Monaten dieses Jahres haben sich die Angriffe nochmal verdoppelt.

115 Rassismus und rechtspopulistische Erzählungen verfangen bei vielen Menschen
116 deshalb so gut, weil sie eine einfache Antwort auf Abstiegsängste,
117 Existenzsorgen und Unsicherheit geben. Solche besorgniserregenden Erfahrungen
118 machen viele Menschen – oft aber vor allem auch migrantisierte Menschen. Für uns
119 steht fest: Wir lassen uns durch Rassismus nicht spalten und kämpfen gemeinsam
120 für bessere Arbeitsbedingungen und wirklich sichere soziale Absicherungssysteme!

121 **Eine Welt der Menschlichkeit ist möglich**

122 Angesichts der strukturellen Probleme, die hinter dem Umgang mit Flucht und
123 Migration stehen, kann man sich schnell machtlos fühlen. Dabei ist aber klar:
124 Menschen fliehen aus Verzweiflung, Hunger oder Krieg. Keine noch so hohe Mauer,
125 kein noch so spitzer Stacheldraht, keine noch so unmenschliche Behandlung wird
126 einen Menschen von der Flucht abhalten.

127 Die Verschärfungen sind daher auch eine Ablenkungsdebatte, weil man reale
128 Möglichkeiten zur Verbesserung der humanitären Lage nicht finanzieren will.
129 Gerade darauf muss aber der Fokus liegen: Die aufnehmenden Kommunen und die
130 Außengrenzstaaten müssen europaweit besser unterstützt werden. Dies kann nur
131 durch eine verpflichtende solidarische Aufnahme und Verteilung in Europa
132 passieren. Statt einer weiteren Entrechtung und Auslagerung von Asylverfahren
133 braucht es eine würdevolle Unterbringung und einfache Möglichkeiten zur
134 gesellschaftlichen Teilhabe in ganz Europa. Für flüchtende Menschen ist die
135 Flucht alternativlos. Niemand begibt sich freiwillig auf gefährliche
136 Fluchtrouten und zahlt sehr viel Geld für einen Platz auf einem völlig
137 überfüllten Schlauchboot. Diese Menschen müssen geschützt werden. Daher stellen
138 wir uns der Kriminalisierung ziviler Seenotretter*innen entschieden
139 entgegen. Private Seenotrettung darf, auch durch die deutsche Bundesregierung,
140 nicht weiter kriminalisiert werden. Zivile Seenotrettung muss solange
141 unterstützt werden, bis die staatlichen Akteur*innen in ihre Verantwortung
142 zurückkehren. Die Finanzierung und Ausrüstung der sogenannten Libyschen
143 Küstenwache, die sich an Menschenrechtsverstößen und Schlepperei beteiligt,
144 lehnen wir ausdrücklich ab.

145 Sollte das nicht gelingen und der GEAS-Beschluss im Wesen unverändert bleiben,
146 muss Deutschland final mit "Nein" stimmen. Das ist auch nach dem Trilogverfahren
147 noch möglich. Sollten sich keine oder nicht ausreichende Verbesserungen im
148 laufenden Verfahren ergeben und der Beschluss nach wie vor mit den europäischen
149 Grundwerten brechen, ist dieser für Grüne Minister*innen nicht zustimmungsfähig.

150 Der weitere Ausbau der Festung Europa ist nicht hinnehmbar. Ein tragbarer
151 Kompromiss bedeutet mehr, als nur Kinder oder Menschen aus mehr Herkunftsstaaten
152 aus den Haftlagern ausgenommen werden. Menschenrechte sind individuell und nicht
153 an Alter oder Herkunft geknüpft.

154 Unser Ziel ist es, GEAS fundamental zu verändern. Es muss eine wirkliche
155 Verbesserung der Rechte und des Lebens von Menschen auf der Flucht geben.
156 Das heißt: Keine Verringerung von Standards in Asylverfahren, keine
157 verpflichtenden Grenzverfahren, keine Haft-Ähnlichen Bedingungen an den
158 Außengrenzen. Als Verband werden wir diese Position selbstbewusst, gegen
159 Widerstände nach außen und auch innerhalb der Grünen Partei weiter vertreten und
160 für Menschenrechte auf allen Ebenen kämpfen. Mit dem Länderrat im Juni 2023 ist
161 die parteiinterne Debatte um Grünes Handeln in der Ampel nicht beendet. Grünes
162 Regierungshandeln darf nicht daraus bestehen, Menschenrechtsverletzungen
163 mitzutragen. Wir erwarten von Grünen in der Regierung, private Seenotrettung zu
164 ermöglichen und die Achtung der Menschenwürde, auch an den europäischen
165 Außengrenzen, zu verteidigen. Auch innerhalb einer Regierung müssen die Grünen
166 zu ihrer Grundsatzprogramm und Parteitagebeschlüssen stehen und nicht alle
167 Inhalte dem gemeinsamen Kompromiss opfern. Wir erwarten von der Bundesregierung
168 und der Grünen Partei, sich klar für die Rechte von geflüchteten Menschen und
169 gegen jegliche Verschärfungen des Asylrechts einzusetzen.

170 Neben diesen notwendigen Reformen ist für uns klar: Wir kämpfen weiter für eine
171 befreite Gesellschaft! Das heißt auch: Ein Recht auf globale Bewegungsfreiheit
172 zu erkämpfen. Menschen dürfen nicht mehr aufgrund ihres Geburtsortes und Passes
173 an einen Ort gebunden sein.

174 Aber es heißt auch: Als Linke innerhalb von Deutschland dafür zu kämpfen, dass
175 durch deutsches (außenpolitisches) Handeln weltweit keine Menschen mehr
176 ausgebeutet werden.

177 Das heißt für uns: Wir müssen eine möglichst starke linke Bewegung innerhalb von
178 Deutschland und innerhalb der Europäischen Union aufbauen. Für die Menschen
179 innerhalb Deutschlands, Europa und Weltweit. Dafür brauchen wir möglichst viele,
180 organisierte Menschen bei uns vor Ort. Das kann ganz konkret in Bündnissen mit
181 der Seebrücke, mit Fridays for Future, den anderen Jugendorganisationen,
182 Gewerkschaften und vielen anderen Akteur*innen sein.

183 Linke Antworten müssen wieder greifbar werden, um den Konservativen und Rechten
184 den Wind aus den Segeln zu nehmen. Dafür werden wir auch weiterhin als gesamter
185 Verband kämpfen.